



BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Themenfeld „Digitalisierung“

Alle Fragen und die vollständigen Antworten der Parteien

Einleitung

Unter dem Einfluss der Digitalisierung verändern sich die Rahmenbedingungen für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe Älterer. Der größte Teil derer, die noch nicht über Kompetenzen zur Nutzung digitaler Angebote und Anforderungen verfügen, ist älter als 60 Jahre. Damit niemand zurückbleibt, muss dem Erwerb dieser Kompetenzen das größte Augenmerk gelten.

Frage an die Parteien

- **Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die digitale Grundversorgung mit Netzausbau, WLAN im öffentlichen Raum und einer Verankerung von sozialrechtlichen digitalen Hilfen im SGB XII Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Deutschland wird und wie wird das umgesetzt?**

Antworten der Parteien

SPD

Ja. Ein schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar. Wir werden daher die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Wir wollen insbesondere, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Jedem/r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Mit dem DigitalPakt Schule und dem Konjunkturpaket haben Bund und Länder bereits viel für die digitale Lehrmittelfreiheit getan. Wir werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen. Letztlich sind bereits jetzt die Kosten für die digitalen Leistungen in den Regelsätzen der Grundsicherung berücksichtigt. Diese werden wir im Dialog mit den Betroffenen und den Verbänden anpassen, um den Bedürftigen eine umfassende digitale Teilhabe zu ermöglichen.

FDP

Unsere Partei setzt sich grundsätzlich für eine faire und chancenreiche Gesellschaft ein, in der alle Menschen bestmöglich teilhaben können. Digitale Technologien werden hierbei eine immer größere Rolle spielen. Vor diesem

Hintergrund ist es eines unserer Kernanliegen, den Breitbandausbau schnellstmöglich und flächendeckend voranzutreiben. Hier gab es in den vergangenen Jahren viel zu wenig Fortschritt. Unter anderem mit unserem Konzept der Gigabit-Gutscheine schlagen wir eine Lösung vor, mit der wir einen Teil der Kosten für Privathaushalt und kleine und mittlere Unternehmen erstatten, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen. Damit schaffen wir einen wirksamen Anreiz für Investitionen in den Gigabit-Netzausbau und können den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen. Netzausbau und WLAN im öffentlichen Raum alleine sind dabei nicht ausreichend, um allen Menschen digitale Teilhabe zu ermöglichen. Die Corona-Pandemie hat aber insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche gezeigt: die digitale Teilhabe ist stark von den sozio-ökonomischen Möglichkeiten des Elternhauses abhängig. Daher fordern wir Freie Demokraten eine Förderung von sozial benachteiligten Kindern im Umgang mit digitalen Geräten und Lernplattformen. Dies muss Hand in Hand gehen mit der technischen Ausstattung der Schülerinnen und Schüler.

DIE LINKE

Ja, DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass ein leistungsfähiger Internetzugang mehr bedeutet, als reine Wettbewerbsfähigkeit – er gehört zur Daseinsvorsorge! Wir fordern ein Recht auf schnelles Internet für alle – in der Stadt und auf dem Land. Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Anschluss haben. Daher fordern wir einen Rechtsanspruch auf eine Anfangsbandbreite von 100 Mbit/s im Download (50 Mbit/s im Upload), allerdings ist das Ziel der bundesweite Ausbau zur Glasfaser-Infrastruktur. Bis 2030 fordern wir 1 Gbit/s für alle Haushalte. Die flächendeckende Versorgung mit kostenlosen WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum muss weiter ausgebaut und gefördert werden. Damit das leistbar ist, fordert DIE LINKE, dass niemand von weniger als 1.200 Euro im Monat leben muss. In dieser Höhe soll die Mindestsicherung liegen, die Hartz IV und die Sozialhilfe ersetzt. Auch die Mindestrente, die die Grundsicherung im Alter ersetzt, soll in dieser Höhe gezahlt werden. Diese Höhe gibt Spielraum dafür, angemessene IT-Geräte anzuschaffen – anders als die gegenwärtigen Regelbedarfe, wo ganze 2,89 Euro/Monat für die Anschaffung von Kommunikationsgeräten (inklusive Telefon usw.) veranschlagt sind.

B 90/Die Grünen

Schnelles Internet gehört für uns GRÜNE zur Daseinsvorsorge. Jede und jeder sollte einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetzugang bekommen, mit der Bandbreite, die heute schon von der Mehrheit der Nutzer*innen verwendet wird. Dieser Anspruch muss leicht und unkompliziert durchsetzbar sein. Schon heute gibt es dafür Sozialtarife. Daran wollen wir festhalten.

Frage an die Parteien

- **Wie werden Sie sicherstellen, dass für Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben, analoge Zugangsmöglichkeiten erhalten bleiben?**

Antworten der Parteien

SPD

Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger*innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Jede*r Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutz-konform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, soll diese – wenn möglich – automatisch, ohne (digitalen oder analogen) Antrag erhalten (sog. „proaktives Verwaltungshandeln“). Die parallel dazu bestehenden analogen Zugangsmöglichkeiten sollen – gerade mit Blick auf Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben – dennoch künftig parallel weiter erhalten bleiben. Eine Abschaffung ist nicht geplant.

FDP

Menschen ohne digitale Kommunikationsmittel dürfen selbstverständlich nicht von gesellschaftlicher Teilhabe und elementaren Dienstleistungen oder Informationen ausgeschlossen werden. Wir sehen hier besonders dann politischen Handlungsbedarf, wenn staatliche Leistungen betroffen sind. Hier gilt grundsätzlich, dass öffentliche Leistungen und die Frage, wer anspruchsberechtigt ist, sich immer am Menschen orientieren muss und nicht daran, über welche technische Ausstattung jemand verfügt. Das ergibt sich schon aus dem Grundgesetz und dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Im Sinne

größtmöglicher Barrierefreiheit und Selbstbestimmung im Alltag setzen wir uns darüber hinaus auch für den Erhalt des Bargeldes ein.

DIE LINKE

Ja. Für Die Linke ist gesellschaftliche Teilhabe zentraler Kern von Politik und selbstverständlich darf niemand ausgeschlossen werden, weil bestimmte technische Voraussetzungen nicht vorhanden sind oder weil Menschen sie nicht nutzen wollen. Das gilt ganz konkret z.B. für Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten: Sie muss auch ohne Smartphone und App möglich bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht nutzen können oder möchten. Es muss immer auch nichtdigitale Arten geben, eine Karte fürs Schwimmbad und einen Termin beim Amt etc. zu bekommen, um sicherzustellen, dass niemand ausgeschlossen wird. Wir wollen zum Beispiel auch das Recht auf Bargeldzahlung gesetzlich verankern.

B 90/Die Grünen

Digitalisierung darf kein Vorwand für Stellenstreichungen im Bereich bürgernaher Dienstleistungen von Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen sein. Digitalisierung kann Teilhabe verbessern, aber darf keine Voraussetzung dafür sein.

Frage an die Parteien

- **Unter den neun Millionen älteren „Offlinern“ sind Hochaltrige, Frauen, Alleinlebende, Personen mit geringem Einkommen, geringer formaler Bildung und mit Migrationshintergrund überproportional vertreten. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die digitale Teilhabe sozial gerechter zu gestalten?**

Antworten der Parteien

SPD

Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu

ermöglichen – kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten.

DIE LINKE

Ganz wesentlich ist für uns der Zugang zu schnellem Internet für alle – überall. Deswegen fordert Die Linke eine Mindestbandbreite von 100Mbit/s, die überall zur Verfügung stehen muss. Betreiber*Innen, die die zugesagte Bandbreite nicht einhalten, müssen sanktioniert werden, denn es darf nicht sein, dass nur die, die das nötige Fachwissen haben oder das Kleingedruckte in den Verträgen verstehen, Zugang zu schnellem Internet bekommen. Grundsicherung und Mindestrente müssen die Kosten der nötigen Geräte abdecken können, deswegen fordern wir, dass niemand von weniger als 1.200 Euro/Monat leben muss.

B 90/Die Grünen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, die dies wollen, digitale Zugänge erhalten und "mitgenommen" werden. Medienkompetenz ist grundlegend für die Teilhabe an einer modernen Gesellschaft. Wir setzen uns seit Langem und in verschiedenen Kontexten für Maßnahmen ein, die die mediale Souveränität des Einzelnen fördern.

Frage an die Parteien

- **Wie werden Sie sicherstellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen Zugang zu WLAN erhalten?**

Antworten der Parteien

SPD

Die Corona Pandemie hat uns gezeigt, dass die Alten- und Pflegeheime noch nicht ausreichend mit Internet versorgt sind. Zugleich sind aber die digitalen Kompetenzen der Bewohner*innen besser als oft angenommen. Mehrere Monate mussten viele Heimbewohner, die kein Internet hatten, ohne Kontakt zu ihren Angehörigen auskommen. Das darf sich nicht wiederholen. Wir wollen eine Offensive gegen Einsamkeit und Vereinsamung starten. Eine Maßnahme dieser Initiative wird es sein, in Pflegeeinrichtungen den Zugang zum Internet zum notwendigen Qualitätsmerkmal zu erklären, das nicht nur zum Kontakt mit den Angehörigen, sondern auch für eine moderne digitale medizinische und pflegerische Versorgung unabdingbar ist. Die bestehenden Häuser müssen dann nachgerüstet werden. Für Neubauten wird die Internetversorgung durch gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen vorgeschrieben.

FDP

Auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen ist WLAN eine zentrale Voraussetzung für die digitale Teilhabe. Wir fordern daher einen zügigen flächendeckenden Gigabit-Netzausbau. Dabei wollen wir mit Gigabit-Gutscheinen einen Teil der Kosten erstatten, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen. So wollen wir den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen.

DIE LINKE

Es bedarf einer guten Infrastruktur auch in ländlichen Regionen und in Pflegeheimen müssen Menschen Zugang zu öffentlichem Nahverkehr, Rufbussen und schnellem Internet haben. Digitale Teilhabe ist eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Die Heimbeiräte in den Senior*inneneinrichtungen werden grundsätzlich mit Internetanschluss und der notwendigen Hardware ausgerüstet um ihre Aufgaben im Interesse der Bewohner*innen durchführen zu können. Die Kosten tragen die Betreiber der Wohnanlagen. Provider werden verpflichtet, schnelles Internet mit einer Mindestbandbreite von zunächst 100Mbit/s anzubieten, bis 2030 soll das auf 1GB steigen.

B 90/Die Grünen

Grundsätzlich haben alle Bürger*innen ein Recht auf einen Telefon- und Internetanschluss. Angesichts in der in den letzten Jahren stark gesunkenen Preise dafür würden wir es sehr begrüßen, wenn die Betreiber der Heime ihren Bewohner*innen einen solchen Zugang ermöglichen würden. Internet und WLAN im Zimmer werden für die Babyboomer, die in den nächsten Jahren vermehrt zu den Pflegebedürftigen zählen werden, noch wichtiger als für die heute hochaltrigen Heimbewohner*innen sein. Mit unserem Konzept der doppelten Pflegegarantie entlasten wir GRÜNE die Kommunen und schaffen so Freiräume, auch mehr Geld zur finanziellen Förderung der Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen in die Hand zu nehmen.

Frage an die Parteien

- **Welche Schritte plant Ihre Partei, um den seit 2019 geltenden European Accessibility Act voranzubringen, in nationales Recht umzusetzen und somit Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen?**

Antworten der Parteien

SPD

Der EAA wird formal mit dem kürzlich beschlossenen Barrierefreiheitsstärkungsgesetz umgesetzt. Das Gesetz regelt die Barrierefreiheitsanforderungen für bestimmte, insbesondere digitale Produkte und Dienstleistungen und beseitigt Barrieren beim Zugang zu Informationen und Kommunikation. Die Einhaltung dieser Anforderungen werden nun die Marktüberwachungsbehörden der Länder und die Gerichte sicherstellen. Die SPD steht aber für mehr als nur für die Umsetzung des EAA. Wir wollen, dass die Barrierefreiheit zum festen Standard in unserer analogen und digitalen Welt wird, dass alle Produkte und Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Raum allen zugänglich sind. Die Barrierefreiheit erklären wir zum Standard wie Brandschutz. Sie soll ein fester Bestandteil der Ausbildung aller Produktentwickler*innen sein. Um unsere Ziele schnell zu erreichen, wollen wir ein Bundesprogramm Barrierefreiheit, das dort unterstützt, wo die Umsetzung der Barrierefreiheit noch stockt – auch durch finanzielle Mittel.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Geschäftsmodelle sollen europaweit einfacher skalierbar werden. Regulierungsbedingte Barrieren wollen wir abbauen, ohne die Vertragsfreiheit infrage zu stellen. So schaffen wir ein Europa, das digital unabhängig ist, ohne jedoch in einen digitalen Protektionismus zu verfallen. Wenn wir grundlegende europäische Werte wie Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte auch in einer zunehmend digitalisierten und datengetriebenen Welt aufrechterhalten wollen, brauchen wir eine europaweit einheitliche Regulierung. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten.

DIE LINKE

Die Bundesregierung hat den European Accessibility Act (EAA) gerade so vor Ende der Wahlperiode umgesetzt. DIE LINKE begrüßt grundsätzlich die Umsetzung, leider bleibt diese weit hinter den Notwendigkeiten zurück und blendet die bauliche Barrierefreiheit völlig aus. Wir wollen die Regelungen zum EAA umfassend überarbeiten. Der bauliche Zugang zu den Produkten und Dienstleistungen ist auch verpflichtend barrierefrei auszugestalten. Die gewählten Übergangsfristen bis Barrierefreiheit geschaffen werden muss, sind viel zu lang gewählt und müssen auf maximal fünf Jahre verkürzt werden. Ein durchgängig barrierefreies Reisen für Menschen mit Behinderungen ist zu garantieren und die gesamte Beförderungskette inklusive Regionalverkehr barrierefrei zu gestalten. Eine zentrale Marktüberwachung durch Bundesbehörden ist zu errichten, nicht durch die Länder. Dabei ist verpflichtend ein Beteiligungsgremium für Menschen mit Behinderungen einzuführen. Auch der berufliche Bereich muss einbezogen werden.

B 90/Die Grünen

Der European Accessibility Act wurde bereits durch das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz in deutsches Recht überführt. Wir GRÜNE werden die Übergangsfristen verkürzen, dafür sorgen, dass die noch ausstehende Verordnung zu einer Umsetzung im Sinne der Menschen mit Behinderungen führt, und die Marktüberwachung entsprechend gestalten. Da das Gesetz nur für einen engen Bereich gilt, werden wir auch alle anderen Betreiber von Geschäften, kommerziellen Websites, Gaststätten, Hotels, Kinos usw. mit einem

Barrierefreiheits-Gesetz verpflichten, innerhalb eines realistischen Zeitraums Barrieren abzubauen. Sowohl die angebotenen Waren und Dienstleistungen als auch die Orte, an denen sie angeboten werden, müssen barrierefrei werden. Dort, wo das (noch) nicht möglich ist, sollen die Betreiber ihre Angebote im Rahmen des Möglichen auf anderen Wegen zugänglich machen („angemessene Vorkehrungen“ treffen), etwa durch mobile Rampen oder Bring-Dienste.

Frage an die Parteien

- **Wann und wie will Ihre Partei den Verbraucherschutz verbessern und die europäischen und deutschen Datenschutzregelungen umsetzen?**

Antworten der Parteien

SPD

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden wir schützen. Die DSGVO ist ein wichtiger Meilenstein und muss in ihrer Durchsetzung praxisnah verbessert werden. Wir brauchen daher gut ausgestattete, effektiv arbeitende Datenschutzaufsichtsbehörden. Das Bundesverfassungsgericht hat ferner geurteilt, dass „die Freiheitswahrnehmung der Bürger“ durch die Summe der staatlichen Überwachungsmaßnahmen „nicht total erfasst und registriert werden“ darf. Wir werden ein dauerhaftes, regelmäßiges und unabhängiges Monitoring der Gesetze im Sicherheitsbereich schaffen. Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Netzes schützt viele Journalist*innen und Freiheitskämpfer*innen in aller Welt vor Verfolgung und Bedrohung. Wir sind gegen eine Klarnamenpflicht im Netz und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit einer anonymen und pseudonymen Nutzung ein. Zudem unterstützen wir im europäischen Raum die Regulierungsvorhaben der KOM zum digitalen Verbraucherschutz wie etwa den Digital Markets Act (DMA), den Digital Services Act (DSA), die KI-Regulierung etc.

FDP

Liberale Verbraucherschutzpolitik setzt auf mündige und selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher, die freie und informierte Entscheidungen treffen können. Mehr Transparenz für informierte Entscheidungen wollen wir schaffen, indem wir beispielsweise die Vergleichbarkeit von Langzeitverträgen

(zum Beispiel Mobilfunkverträge) verbessern. Deshalb sprechen wir uns für die Ausweisung eines monatlichen Durchschnittspreises aus. Wir Freie Demokraten wollen außerdem den Rechtsrahmen für Legal Tech-Unternehmen erweitern und auch das anwaltliche Berufsrecht modernisieren. So machen wir den Weg frei für technische Lösungen zum Vorteil von Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir erleichtern damit die Durchsetzung kleiner Forderungen, für die der Rechtsweg bislang zu teuer oder zu mühsam ist.

Die Regelungen zum Datenschutz wurden europäisch mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vereinheitlicht und sind bereits in nationales Recht umgesetzt worden. Wir Freie Demokraten wollen das Datenschutzrecht konsequent weiterentwickeln. Dabei werden wir darauf achten, dass die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen sowie Vereine, deren Kerngeschäft nicht der Umgang mit personenbezogenen Daten ist, stärker berücksichtigt werden. Der bürokratische Aufwand der Verpflichtungen muss überprüft werden. Datenschutzrechtlich ebenso wirksame, aber weniger aufwendige technische Lösungen müssen nutzbar gemacht werden. Damit das Datenschutzrecht von den Aufsichtsbehörden in Deutschland einheitlich angewendet wird, fordert die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ein nationales Kohärenzverfahren schaffen (BT-Drs. 19/26538).

DIE LINKE

Verbraucherschutz ist für DIE LINKE ein sehr wichtiges Politikfeld. Unser Fokus liegt dabei auf einer sozial-ökologische Verbraucherpolitik, die den Schutz von besonders schutzbedürftigen Verbrauchergruppen wie Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit geringen Einkommen im Blick hat und den nachhaltigen Konsum fördert. DIE LINKE will gesunde und nachhaltige Lebensmittel für Alle. Wir werden weiter für eine kostenfreie und qualitativ hochwertige Verpflegung in Schulen und Kitas kämpfen. Wir wollen Verbands- und Sammelklagen, die unmittelbar zu einer Entschädigung von Verbraucherinnen und Verbraucher führen. Wir kämpfen gegen Marktmacht und Marktkonzentration von Konzernen. Um die Privatsphäre der Menschen wirksam schützen zu können, braucht es klare Regeln beim Datenschutz. So darf die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten im Internet nicht an eine Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe gekoppelt sein. Geräte mit der Möglichkeit, Daten ins Netz oder an Anbieter zu übertragen, müssen werksseitig die höchsten Datenschutzeinstellungen haben.

B 90/Die Grünen

Je mehr Menschen bei der nächsten Bundestagswahl GRÜNE wählen, desto stärker und früher können und werden wir deutschen sowie europäischen Verbraucher- und Datenschutz verbessern. Dabei haben wir auch die spezifischen Bedürfnisse von „Offliner*innen“ im Blick. Unser Ziel sind Regeln für guten, alltagsgerechten Datenschutz und IT-Sicherheit. Wir wollen erreichen, dass Datenschutz in Hard- und Software eingebaut und auch für Browser und Smartphone-Betriebssysteme voreingestellt ist. Statt unzähliger Häkchen auf jeder Website müssen Verbraucher*innen die Datenweitergabe einmal generell einstellen können. Sie müssen die Kontrolle über ihre Daten behalten und Geräte und Angebote auch ohne Preisgabe persönlicher Daten nutzen können.

Herausgeber

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49

53111 Bonn

Telefon 0228 / 24 99 93-0

kontakt@bagso.de

www.bagso.de

facebook.com/bagso.de

twitter.com/bagso_de